

**Messstellenbetreiberrahmenvertrag Gas (MSB-RV Gas) zwischen
Netzbetreiber und Messstellenbetreiber nach § 9 Abs. 1 Nr. 3
Messstellenbetriebsgesetz (MsbG)**

zwischen

**Netzgesellschaft Düsseldorf mbH
Höherweg 200, 40233 Düsseldorf**

- nachfolgend Netzbetreiber genannt -

und

- nachfolgend „Messstellenbetreiber“ genannt -

gemeinsam auch „Vertragsparteien“ genannt,

wird folgender Rahmenvertrag geschlossen.

Angaben zur Identifikation

Netzbetreiber 9800181000007

Messstellenbetreiber

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Dieser Vertrag regelt die Rechte und Pflichten zur Durchführung des Messstellenbetriebs einschließlich der mess- und eichrechtskonformen Messung an den Messlokationen von Letztverbrauchern durch einen nicht mit dem Netzbetreiber identischen Messstellenbetreiber, der

- a) aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnutzer nach § 5 MsbG oder
- b) aufgrund einer Beauftragung durch den Anschlussnehmer nach § 6 MsbG

im Netzgebiet des Netzbetreibers auf der Grundlage des MsbG sowie der auf dieser Basis erlassenen Rechtsverordnungen und behördlichen Festlegungen in jeweils aktueller Fassung zuständig ist. Die in dem vorliegenden Vertrag enthaltenen Regelungen sind in ihrem Anwendungsbereich abschließend. Die Parteien sind befugt, in beiderseitigem Einverständnis zu diesem Vertrag ergänzende Regelungen zu treffen, sofern der Netzbetreiber den Abschluss der ergänzenden Regelungen jedem Messstellenbetreiber diskriminierungsfrei anbietet. Der Abschluss der ergänzenden Regelungen darf nicht zur Bedingung für den Abschluss dieses Vertrages bzw. für die Aufnahme des Messstellenbetriebs gemacht werden. Messlokation ist jede Messstelle i.S.d. § 2 Nr. 11 MsbG und damit die Gesamtheit aller Mess-, Steuerungs- und Kommunikationseinrichtungen zur sicheren Erhebung, Verarbeitung und Übermittlung von Messdaten und zur sicheren Anbindung von Erzeugungsanlagen und steuerbaren Lasten an Marktlokationen eines Anschlussnutzers. In einer Messlokation wird jede relevante physikalische Größe zu einem Zeitpunkt maximal einmal ermittelt. Marktlokation ist jede Entnahmestelle i.S.d. § 41 GasNZV und damit ein Ausspeisepunkt, an einem Gasversorgungsnetz mit einer oder mehreren Messeinrichtungen, über die Gas aus einem Gasversorgungsnetz physisch entnommen werden kann. Jede Marktlokation wird durch einen Zählpunkt i.S.d. § 2 Nr. 28 MsbG bezeichnet. Die Marktlokation ist mit mindestens einer Leitung mit einem Netz verbunden.

§ 2 Anforderungen an die Messlokation

- 1 Der Messstellenbetreiber bestimmt im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen, insbesondere des § 8 Abs. 1 MsbG, Art, Zahl und Größe von Mess- und Steuereinrichtungen. Diese Bestimmung muss im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben unter Berücksichtigung energiewirtschaftlicher Belange in angemessenem Verhältnis zur Höhe des Verbrauchs und zum Verbrauchsverhalten stehen.
- 2 Der Netzbetreiber bestimmt den Anbringungsort von Mess- und Steuereinrichtungen gemäß § 22 Abs. 2 NDAV.
- 3 Die technischen Einrichtungen der Messlokationen dürfen keine unzulässigen Rückwirkungen auf das Netz des Netzbetreibers oder auf Anlagen anderer Anschlussnehmer verursachen.

- 4 Für die sonstigen Mindestanforderungen an die Messlokation gilt § 11 dieses Vertrages.

§ 3 Voraussetzungen für das Tätigwerden/den Wechsel des Messstellenbetreibers

- 1 Hat gem. §§ 5, 6 MsbG eine Beauftragung eines Dritten stattgefunden, so hat der neue Messstellenbetreiber die betroffene Messlokation beim Netzbetreiber unverzüglich anzumelden. In begründeten Einzelfällen kann der Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber einen Nachweis der Beauftragung verlangen. In diesem Fall genügt die Übersendung einer Kopie als elektronisches Dokument an den Netzbetreiber. Der Messstellenbetreiber stellt den Netzbetreiber von Haftungsansprüchen Dritter frei, die daraus resultieren, dass keine rechtswirksame Beauftragung vorliegt.

§ 4 Geschäftsprozesse und Datenaustausch zur Abwicklung des Messstellenbetriebs

- 1 Die Abwicklung des Messstellenbetriebs erfolgt unter Anwendung der von der Bundesnetzagentur erlassenen Festlegung zur Ausgestaltung der Geschäftsprozesse Lieferantenwechsel Gas (Geli Gas) in jeweils geltender Fassung.
- 2 Soweit ein elektronischer Datenaustausch zwischen den Vertragspartnern nach Maßgabe der vorgenannten Festlegung durchzuführen ist, so erfolgt dieser in Anwendung von verbändeübergreifend erarbeiteten Spezifikationen der Expertengruppe „EDI@Energy“, soweit diese zuvor Gegenstand einer durch die Bundesnetzagentur begleiteten Konsultation waren und im Anschluss durch die Bundesnetzagentur veröffentlicht worden sind.

§ 5 Installation der Mess- und Steuereinrichtungen bzw. der Messsysteme

- 1 Die Durchführung der Installation hat unter Beachtung der technischen Anschlussbedingungen des Netzbetreibers zu erfolgen, soweit dies aus Gründen der sicheren und störungsfreien Versorgung notwendig ist. Für die ordnungsgemäße Errichtung, Erweiterung, Änderung und Instandhaltung der technischen Einrichtungen der Messlokation ist der Messstellenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber verantwortlich.
- 2 Soweit nicht der Netzbetreiber die nachfolgenden Arbeiten selbst durch eigenes gleichermaßen qualifiziertes Personal durchführt, dürfen die Anlagenbestandteile der Messlokation.
- a) im Bereich des DVGW-Arbeitsblattes G 600 (DVGW-TRGI) nur durch ein in ein Installateurverzeichnis eines Gasnetzbetreibers eingetragenes Installationsunternehmen,
 - b) im Bereich des DVGW-Arbeitsblattes G 492 nur durch ein nach DVGW-

Arbeitsblatt G 493-1 bzw. G 493-2 zertifiziertes Unternehmen

ein- und ausgebaut, geändert, repariert und gewartet werden. Im Falle der Ziff. 2 lit. a) darf der Netzbetreiber eine Eintragung in das Installateurverzeichnis nur von dem Nachweis einer ausreichenden fachlichen Qualifikation für die Durchführung der jeweiligen Arbeiten abhängig machen.

- 3 Der Netzbetreiber darf zu keinem Zeitpunkt Zugangshindernisse zu den technischen Einrichtungen der Messlokation errichten, die dem Messstellenbetreiber die Wahrnehmung seiner vertraglichen Rechte erschweren.

§ 6 Wechsel des Messstellenbetreibers

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, beim Übergang des Messstellenbetriebs dem neuen Messstellenbetreiber die zur Messung vorhandenen technischen Einrichtungen, insbesondere

- die Messeinrichtung,
- vorhandene Telekommunikationseinrichtungen und
- Druck- und Temperaturmesseinrichtungen

vollständig oder einzelne dieser Einrichtungen, soweit möglich, gegen angemessenes Entgelt zum Kauf oder zur Nutzung anzubieten. Kommt es zwischen dem bisherigen und dem neuen Messstellenbetreiber zu keiner einvernehmlichen Einigung über das angemessene Entgelt, so gilt im Zweifel

- a) im Fall des Kaufs der Sachzeitwert,
- b) im Fall der Nutzungsüberlassung höchstens dasjenige monatliche Entgelt, das der bisherige Messstellenbetreiber seinerseits bislang als Entgelt für die betreffende technische Einrichtung verlangt hat, als angemessen.

- 2 Soweit der neue Messstellenbetreiber von dem Angebot nach Absatz 1 keinen Gebrauch macht, hat der bisherige Messstellenbetreiber die vorhandenen technischen Einrichtungen zu einem von dem neuen Messstellenbetreiber zu bestimmenden Zeitpunkt unentgeltlich zu entfernen oder den Ausbau der Einrichtungen durch den neuen Messstellenbetreiber zu ermöglichen, wenn dieser dafür Sorge trägt, dass die ausgebauten Einrichtungen dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

- 3 Kommt es zum Ausbau der bisherigen Messeinrichtung durch den neuen Messstellenbetreiber und wird zwischen den Beteiligten (den Parteien dieses Vertrages bzw. zwischen den beteiligten Dritten untereinander) keine einvernehmliche abweichende Regelung erzielt, so gilt: Ist eine der Vertragsparteien neuer Messstellenbetreiber im Sinne von Absatz 1 und 2, bewahrt sie bis zur unverzüglichen Abholung durch den bisherigen Messstellenbetreiber die von ihr ausgebauten technischen Einrichtungen unentgeltlich auf und sichert diese gegen Beschädigungen und den unberechtigten Zugriff Dritter. Hierbei hat sie für die Sorgfalt einzustehen, welche sie in eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt. Ist eine

der Vertragsparteien bisheriger Messstellenbetreiber im Sinne von Absatz 1 und 2, so hat sie die vom neuen Messstellenbetreiber ausgebauten technischen Einrichtungen auf eigene Kosten und Gefahr unverzüglich abzuholen. Holt der alte Messstellenbetreiber die Einrichtungen nicht unverzüglich ab, so ist der neue Messstellenbetreiber berechtigt und verpflichtet, diese dem bisherigen Messstellenbetreiber auf dessen Kosten und Gefahr zu übersenden. Dabei sind die Grundsätze der effizienten Leistungserbringung zu beachten.

- 4 Zeigt der bisherige Messstellenbetreiber gegenüber dem neuen Messstellenbetreiber an, seine technischen Einrichtungen im Rahmen eines Gerätewechsels selbst auszubauen und ist er zu dem vom neuen Messstellenbetreiber genannten Zeitpunkt an einem Ausbau deshalb gehindert, weil er diesen nur in Zusammenarbeit mit dem neuen Messstellenbetreiber vollziehen darf, der neue Messstellenbetreiber jedoch zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht an der Messlokation erschienen ist, verpflichtet sich der neue Messstellenbetreiber gegenüber dem Netzbetreiber, dem alten Messstellenbetreiber die hierdurch entstandenen Kosten zu ersetzen (echter Vertrag zugunsten Dritter).

§ 7 Messstellenbetrieb

- 1 Der Messstellenbetreiber hat die Aufgaben gem. § 3 Abs. 2 MsbG entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zuverlässig durchzuführen, soweit nicht eine anderweitige Aufgabenzuweisung durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen ist.
- 2 Der Messstellenbetreiber sichert (z. B. durch Plombierung) die Messeinrichtungen in angemessener Weise gegen unberechtigte Energieentnahme. Die Sicherungsvorrichtungen müssen dem Messstellenbetreiber oder dem von ihm beauftragten Unternehmen in einer für den Netzbetreiber erkennbaren Weise eindeutig zuordenbar sein. Mit Einverständnis des Messstellenbetreibers darf der Netzbetreiber die entsprechenden Sicherungsmaßnahmen auch selbst vornehmen. Er darf Sicherungsmaßnahmen auch ohne Einverständnis des Messstellenbetreibers und auf dessen Kosten vornehmen, falls der Messstellenbetreiber die nach Satz 1 erforderlichen Sicherungsmaßnahmen unterlässt.
- 3 Sofern Sicherungsvorrichtungen des Netzbetreibers im Rahmen der Arbeiten des Messstellenbetreibers geöffnet werden müssen, hat der Messstellenbetreiber den Netzbetreiber zu informieren und auf eigene Kosten für eine ordnungsgemäße Wiederherstellung der Sicherungsvorrichtungen zu sorgen, die eine eindeutige Zuordnung des ausführenden Unternehmens ermöglicht.
- 4 Vor Arbeiten an der Messlokation, die erkennbar Auswirkungen auf den Netzbetrieb oder auf netzgesteuerte Kundenanlagen haben können, ist das Einverständnis des Netzbetreibers einzuholen. Der Netzbetreiber hat unverzüglich, spätestens aber am dritten Werktag nach Information durch den Messstellenbetreiber, mitzuteilen, ob zwingende technische Gründe der Durchführung der Arbeiten entgegenstehen. Andernfalls gilt das Einverständnis des Netzbetreibers als erteilt.

- 5 Hat der Netzbetreiber aufgrund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen - etwa zur Durchführung der Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung nach den §§ 17 und 24 der NDAV - Arbeiten durchzuführen und ist hierfür die Einwirkung auf technische Einrichtungen der vom Messstellenbetreiber betriebenen Messlokation erforderlich, so gilt: Der Netzbetreiber hat den Messstellenbetreiber mit einer Vorlaufzeit von drei Werktagen über Erforderlichkeit, Umfang und Zeitpunkt der Einwirkung zu informieren. Der Messstellenbetreiber hat dem Netzbetreiber innerhalb der drei Werktage eine Rückmeldung zu geben, ob er der Vorgehensweise durch den Netzbetreiber zustimmt. Die Zustimmung des Messstellenbetreibers kann auch generell im Voraus erteilt werden. Erteilt der Messstellenbetreiber die Zustimmung nicht, so ist er verpflichtet, zur Unterstützung der vom Netzbetreiber durchzuführenden Unterbrechung die seinerseits erforderliche Mitwirkung zu leisten. Leistet der Messstellenbetreiber zum angegebenen Zeitpunkt die erforderliche Mitwirkung nicht, so ist der Netzbetreiber seinerseits berechtigt, die erforderlichen Handlungen auch ohne den Messstellenbetreiber vorzunehmen. Nach Abschluss der Arbeiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. Bestanden die Arbeiten in einer Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätestens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
- 6 Bei Gefahr im Verzug, insbesondere in den Fällen des § 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 NDAV, ist der Netzbetreiber auch ohne vorherige Information und ohne vorherige Zustimmung des Messstellenbetreibers berechtigt, unmittelbar auf technische Einrichtungen der Messlokation des Messstellenbetreibers einzuwirken. Er hat den Messstellenbetreiber in diesem Fall unverzüglich im Nachgang über Art, Umfang und Dauer der vorgenommenen Arbeiten zu informieren. Nach Abschluss der Arbeiten hat der Netzbetreiber unverzüglich den Ausgangszustand in Bezug auf die technischen Einrichtungen der Messlokation wieder herzustellen. Bestanden die Arbeiten in einer Unterbrechung des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, so ist der Ausgangszustand spätestens bei Aufhebung der Unterbrechung wieder herzustellen.
- 7 Der Messstellenbetreiber darf Unterbrechungen des Anschlusses oder der Anschlussnutzung, die der Netzbetreiber veranlasst hat, nicht ohne Zustimmung des Netzbetreibers wieder aufheben. Der vorstehende Satz gilt auch im Rahmen der Durchführung des Messstellenbetreiberwechsels.
- 8 Im Falle des Wechsels des bisherigen Anschlussnutzers oder Anschlussnehmers ist der Dritte, der den Messstellenbetrieb durchführt, auf Verlangen des grundzuständigen Messstellenbetreibers verpflichtet, für einen Übergangszeitraum von längstens drei Monaten den Messstellenbetrieb fortzuführen, bis der Messstellenbetrieb auf Grundlage eines Auftrages des neuen Anschlussnutzers oder des neuen Anschlussnehmers durchgeführt werden kann. Der Dritte hat Anspruch auf ein vom grundzuständigen Messstellenbetreiber zu entrichtendes angemessenes Entgelt. In anderen Fällen als dem Wechsel des Anschlussnutzers bzw. Anschlussnehmers, in denen die Messlokation wieder dem grundzuständigen

Messstellenbetreiber zuzuordnen wäre, ist dieser in entsprechender Anwendung dieses Absatzes für einen Übergangszeitraum von längstens einem Monat berechtigt, vom bisherigen Messstellenbetreiber die Fortführung des Messstellenbetriebs gegen ein angemessenes Entgelt zu verlangen, sofern dieser in der Lage ist, den Messstellenbetrieb ordnungsgemäß fortzusetzen. Kommt es im Rahmen des Wechsels der Zuständigkeit des Messstellenbetriebers für eine Messlokation durch Verzögerungen bei Gerätewechsel und/oder Geräteübernahme zwischen altem und neuem Messstellenbetreiber zu einer Verkürzung oder Verlängerung der Zuständigkeit des alten Messstellenbetriebers von bis zu 9 Werktagen (Realisierungskorridor), so steht den Messstellenbetreibern hierfür jeweils gegenseitig kein finanzieller Ausgleich zu.

- 9 Der Messstellenbetreiber übermittelt dem Netzbetreiber die zur Verwaltung der Marktlokationen erforderlichen Informationen über die Messlokation. Diese Übermittlung hat soweit möglich im Wege der elektronischen Datenkommunikation zu erfolgen.
- 10 Der Netzbetreiber ist berechtigt, bei Zweifeln an der Richtigkeit der Messwerte die Durchführung einer Kontrollablesung durch den Messstellenbetreiber zu verlangen. Die Kosten hierfür trägt der Netzbetreiber, sofern die Messwerte des Messstellenbetriebers richtig sind. Andernfalls trägt der Messstellenbetreiber die Kosten dieser Ablesung.

§ 8 Kontrolle der Messlokation, Störungsbeseitigung und Befundprüfung

- 1 Der Messstellenbetreiber hat eine Störungsannahme vorzuhalten. Liegen Anhaltspunkte für Störungen (z.B. Fehlfunktion, Verlust, Beschädigungen, Manipulationen oder Manipulationsversuche) der Messlokation vor, führt der Messstellenbetreiber nach eigener Kenntnisaufnahme oder nach Aufforderung durch den Netzbetreiber unverzüglich eine Kontrolle der Messlokation durch und beseitigt erforderlichenfalls die Störung. Erfolgt im Störfall innerhalb der nach den festgelegten Geschäftsprozessen vorgesehenen Fristen keine Rückmeldung über die Störungsannahme bzw. keine Störungsbeseitigung durch den Messstellenbetreiber, so kann der Netzbetreiber die Störung auf Kosten des Messstellenbetriebers selbst beseitigen oder einen Dritten mit der Störungsbeseitigung beauftragen. Erfolgt die Kontrolle durch den Messstellenbetreiber aufgrund einer Aufforderung des Netzbetreibers und werden keine Störungen im Sinne von Satz 1 festgestellt, kann der Messstellenbetreiber vom Netzbetreiber ein angemessenes Entgelt verlangen. Bei Gefahr im Verzug hat der Messstellenbetreiber unmittelbar die in seinem Einwirkungsbereich befindlichen offenen und unter Spannung stehenden Anlagenteile gefahrlos zu machen bzw. die Hauptsicherungs- oder -absperranlage zu schließen, damit die Gaszufuhr unterbrochen wird und Gefahren abgewendet werden.
- 2 Der Netzbetreiber ist berechtigt, jederzeit die Nachprüfung der Messeinrichtung durch eine Befundprüfung nach § 32 Abs. 1, 1a und 3 der Eichordnung oder einer

Nachfolgevorschrift durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des Eichgesetzes zu verlangen. Stellt der Netzbetreiber den Antrag auf Nachprüfung nicht beim Messstellenbetreiber, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Beantragt der Netzbetreiber eine solche Befundprüfung, ist der Messstellenbetreiber zum Wechsel der Geräte, zur Übergabe der ausgebauten Messeinrichtung an die Eichbehörde oder Prüfstelle und zur Unterrichtung des Netzbetreibers verpflichtet. Ergibt die Befundprüfung, dass das Messgerät nicht verwendet werden darf, so trägt der Messstellenbetreiber die Kosten der Nachprüfung sowie des auf Seiten des Messstellenbetreibers entstandenen Aufwandes, ansonsten trägt der Netzbetreiber die vorbezeichneten Kosten.

- 3 Bekannt gewordene Störungen sowie die Ergebnisse der Maßnahmen zur Störungsbeseitigung oder einer Befundprüfung sind dem Netzbetreiber vom Messstellenbetreiber unverzüglich in Textform mitzuteilen. Erhält der Messstellenbetreiber anlässlich seiner Tätigkeit Anhaltspunkte über Störungen an Anlagen des Netzbetreibers, hat er diesen hierüber unverzüglich in Textform zu unterrichten.

§ 9 Pflichten des Netzbetreibers

- 1 Der Netzbetreiber ist für die Vergabe der eindeutigen Identifikationsnummer für die Messlokation zuständig. Diese erfolgt nach den Vorgaben des DVGW -Arbeitsblattes G 2000 in der jeweils geltenden Fassung.
- 2 Soweit durch Gesetz, Rechtsverordnung oder behördliche Festlegung ausgesprochen, hat der Netzbetreiber abweichend von § 3 Abs. 2 MsbG auch die Aufgabe, eine Messwertaufbereitung und -verteilung vorzunehmen. Der Messstellenbetreiber wird ihn hierzu durch Bereitstellung etwa erforderlicher Zusatzangaben zur Messlokation unterstützen.
- 3 Der Netzbetreiber verpflichtet sich zur unverzüglichen Übergabe aller für die Realisierung des Messstellenbetriebs erforderlichen Informationen (z.B. Identifikationsnummern, Ausgestaltung der Messlokation, Tarifschalt- und Unterbrechungszeiten).
- 4 Führt der Netzbetreiber erforderliche Maßnahmen in seinen Anlagen durch, die erkennbar Auswirkungen auf die Wirkungsweise der Messlokation (z.B. Ausfall, Störung, Veränderung von Messwerten) haben können, so ist der Messstellenbetreiber vor Aufnahme der Arbeiten unverzüglich zu informieren, soweit dies möglich ist und die Beseitigung einer Störung nicht verzögern würde. Ansonsten ist die Information unverzüglich nachzuholen.
- 5 Stellt der Netzbetreiber den Verlust, Beschädigungen oder Störungen der technischen Einrichtungen der Messlokation fest, so hat er dies dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- 6 Der Netzbetreiber ist nicht verpflichtet, Inkassoleistungen für den Messstellenbetreiber zu erbringen.

§ 10 Erfüllung eichrechtlicher Vorschriften

Der Messstellenbetreiber ist mit Blick auf die Durchführung des Messstellenbetriebs Messgeräteverwender im Sinne des Eichrechts und verantwortlich für die Einhaltung aller sich aus dem Eichrecht ergebenden Anforderungen und Verpflichtungen. Er bestätigt im Sinne des § 33 Abs. 2 MessEG, dass er als Messgeräteverwender seine ihm hiernach obliegenden Verpflichtungen erfüllt.

§ 11 Mindestanforderungen des Netzbetreibers

- 1 Der Netzbetreiber ist berechtigt, im Rahmen des § 8 Abs. 2 MsbG sachlich gerechtfertigte und nicht diskriminierende technische Mindestanforderungen an die in seinem Netzgebiet verwendeten Mess- und Steuereinrichtungen vorzugeben.
- 2 Sofern auf eine Messlokation wegen baulicher Veränderungen oder einer Änderung des Verbrauchsverhaltens des Anschlussnutzers oder Änderungen des Netznutzungsvertrages andere Mindestanforderungen anzuwenden sind, ist der Netzbetreiber berechtigt, vom Messstellenbetreiber die erforderlichen Anpassungen der Messlokation an die anderweitigen Mindestanforderungen zu verlangen. Erfolgt keine Anpassung an die anzuwendenden Mindestanforderungen, ist der Netzbetreiber berechtigt, den Vertrag über den Messstellenbetrieb für diese Messlokation bei einer wesentlichen Abweichung von den Mindestanforderungen zu beenden.
- 3 Der Netzbetreiber ist berechtigt, die Mindestanforderungen gemäß § 8 Abs. 2 MsbG bei Bedarf anzupassen. Über beabsichtigte Änderungen wird der Netzbetreiber den Messstellenbetreiber mindestens drei Monate vor deren Wirksamwerden in Textform informieren und dem Messstellenbetreiber in angemessener Weise Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Pflicht zur Konsultation entfällt, soweit die jeweilige Mindestanforderung bereits Gegenstand einer wirksam verabschiedeten technischen Mindestanforderung im Anwendungsbereich des § 19 Abs. 4 EnWG war.

§ 12 Datenaustausch und Datenverarbeitung

- 1 Der Datenaustausch zwischen Netzbetreiber und Messstellenbetreiber erfolgt elektronisch.
- 2 Die Kontaktdaten für die jeweiligen Ansprechpartner beim Netzbetreiber und Messstellenbetreiber sind in Textform zusammenzustellen und auszutauschen. Änderungen werden sich die Vertragsparteien unverzüglich mitteilen.
- 3 Die Vertragsparteien werden die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages erhobenen, übermittelten oder zugänglich gemachten personenbezogenen Daten vertraulich behandeln. Dies gilt namentlich hinsichtlich der Beachtung von § 6a EnWG und der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Die Vertragsparteien sind berechtigt, Verbrauchs-, Abrechnungs- und Vertragsdaten

(insbesondere für die Erfassung, Bilanzierung und Abrechnung der Gaslieferungen sowie der Netznutzung) an Dritte in dem Umfang weiterzugeben, wie dies zur ordnungsgemäßen technischen und kommerziellen Abwicklung der jeweiligen Pflichten erforderlich ist. Diese Regelungen schließen eine Weitergabe an Behörden und Gerichte im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben nicht aus.

§ 13 Haftung

- 1 Der Messstellenbetreiber haftet gegenüber dem Netzbetreiber für Schäden durch Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten der Energieversorgung entsprechend den besonderen Haftungsbestimmungen des § 18 NDAV. Für sonstige Schäden, die durch die technischen Einrichtungen der Messlokation selbst oder deren fehlerhaften Einbau, Ausbau, Betrieb oder Wartung verursacht worden sind, haftet der Messstellenbetreiber nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und stellt den Netzbetreiber von etwaigen Schadensersatzforderungen Dritter in diesem Zusammenhang frei.
- 2 Wirkt der Messstellenbetreiber nach § 7 Abs. 5 dieses Vertrages an Maßnahmen des Netzbetreibers mit, ist der Netzbetreiber verpflichtet, den Messstellenbetreiber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen freizustellen, die sich aus einer unberechtigten Handlung ergeben können.
- 3 Der Netzbetreiber haftet gegenüber dem Messstellenbetreiber für Schäden durch Unterbrechung oder Unregelmäßigkeiten der Energieversorgung entsprechend den besonderen Haftungsbestimmungen des § 18 NDAV. Die gesetzliche Haftung bleibt im Übrigen unberührt.

§ 14 Vertragslaufzeit und Kündigung

- 1 Der Rahmenvertrag tritt am 01.10.2017 in Kraft und läuft auf unbestimmte Zeit. Er kann vom Messstellenbetreiber mit einer Frist von drei Monaten auf das Ende eines Kalendermonats in Textform gekündigt werden.
- 2 Dieser Vertrag kann von beiden Parteien fristlos aus wichtigem Grund in Textform gekündigt werden, wenn gegen wesentliche Bestimmungen dieses Vertrages wiederholt trotz Abmahnung schwerwiegend verstoßen wird.

§ 15 Übergangs- und Schlussbestimmungen

- 1 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei auf einen Dritten übertragen werden. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, sofern die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des eintretenden Dritten nicht gewährleistet ist. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn die andere Vertragspartei nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Mitteilung über die Übertragung der Rechte und Pflichten wi-

derspricht. Die Mitteilung und der Widerspruch nach Satz 3 sind jeweils in Textform gegenüber dem anderen Vertragspartner zu erklären. Im Fall der Gesamtrechtsnachfolge oder der Rechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz oder in sonstigen Fällen der rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs nach § 7 EnWG gehen die Rechte und Pflichten des Vertrages ohne Zustimmung über.

- 2 Gibt der Netzbetreiber sein Netz oder einen Teil seines Netzes an einen anderen Netzbetreiber ab, informiert er den Messstellenbetreiber über die Netzabgabe und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Monaten vor Wirksamwerden der Netzabgabe. Übernimmt der Netzbetreiber ein Netzgebiet, werden die Messlokationen des Messstellenbetreibers in diesem Netzgebiet ab Übernahme des Netzes durch den Netzbetreiber im Rahmen dieses Vertrages abgewickelt. Der Netzbetreiber informiert den Messstellenbetreiber über die Netzübernahme und die Einzelheiten der Abwicklung mit einer Frist von mindestens dreieinhalb Monaten vor Wirksamwerden der Netzübernahme.
- 3 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrags unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis zum Inkrafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nachfolgefassung die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst nahe kommenden Regelungen zu ersetzen. Zur Schließung von Regelungslücken sind die Vertragsgrundlagen nach § 1 Abs. 1 dieses Vertrages heranzuziehen. Die Bestimmungen des Vertrages sind nach Treu und Glauben umzusetzen.
- 4 Sollten sich sonstige für das Vertragsverhältnis bestimmende Umstände wesentlich ändern oder gesetzliche oder behördliche Maßnahmen eine Änderung erforderlich machen, haben die Vertragsparteien den Vertrag bis zum Inkrafttreten einer regulierungsbehördlich festgelegten Nachfolgefassung unverzüglich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen.
- 5 Der Datenaustausch erfolgt außerhalb des Geltungsbereichs von § 4 Abs. 2 bis zum Wirksamwerden einer Festlegung durch die Bundesnetzagentur nach den Vorgaben des Netzbetreibers unter Beachtung des § 52 Abs. 1 MsbG.
- 6 Mit Vertragsbeginn werden bis zu diesem Zeitpunkt zwischen den Vertragsparteien bestehende Vereinbarungen über den Messstellenbetrieb unwirksam.
- 7 Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Gleiches gilt für die Änderung dieser Klausel.

Messstellenbetreiber

Netzgesellschaft Düsseldorf mbH
(Netzbetreiber)

Sonstige Entgelte

1. Sperrung/ Entsperrung

Für die Unterbrechung der Versorgung (Sperrung) und die Wiederherstellung der Versorgung (Entsperrung) auf Anforderung des Lieferanten werden folgende Entgelte erhoben:

Entgelt für Sperrung / Entsperrung	Netto [Euro/Vorgang]	Brutto [Euro/Vorgang]
Sperrmitteilung*	1,00	1,00
Sperrkosten*	54,00	54,00
Wiederherstellung der Energieversorgung (Mo-Fr 8.00-18.00)**	54,00	64,26
Wiederherstellung der Energieversorgung (außerhalb der o.g. Zeiten)	135,00	160,65
Erfolgloser Sperrversuch*	45,00	45,00
Verwaltungspauschale bei Stornierung eines Sperrauftrages*	18,50	18,50
Sperrkontrolle	27,31	32,50

* Im Falle der Erfüllung einer Vertragspflicht fällt zusätzlich Umsatzsteuer an.

** Ohne die Kosten des Vertragsinstallationsunternehmens für die zwingend notwendige vorausgehende und dokumentierte Dichtheits-/Gebrauchsfähigkeitsprüfung der Kundenanlage.

2. Wechsel des Messgerätes auf Wunsch des Anschlussnutzers oder des Lieferanten

Für den Wechsel des Messgerätes auf Wunsch des Anschlussnutzers oder des Lieferanten werden folgende Entgelte erhoben:

Entgelt für Wechsel je Zählertyp	Netto [Euro/Vor- gang]	Brutto [Euro/Vor- gang]
Messgeräte G4 - G6	89,60	106,62
Messgeräte G16 - G25	100,00	119,00
Messgeräte G40 - G65	336,45	400,38
Messgeräte ab G100	auf Anfrage	auf Anfrage

3. Erfolgreiche Montage der Messeinrichtung

Sollte der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH durch einen Umstand, den der Anschlussnutzer oder ein Vertragsinstallationsunternehmen zu vertreten hat, ein höherer Aufwand bei der Montage der Messeinrichtung entstehen, beispielsweise durch eine zusätzliche Anfahrt aufgrund mangelhafter Ausführung in der Installation, so wird dieser Mehraufwand in Rechnung gestellt.

Entgelt bei erfolgreicher Montage der Messeinrichtung	Netto [Euro/Vorgang]	Brutto [Euro/Vorgang]
erfolgreiche Montage der Messeinrichtung (Fehlfahrt)	75,00	89,25

4. zusätzliche Messung / Ablesung für Kunden ohne Leistungsmessung

Für eine Messung / Ablesung außerhalb des rollierenden Verfahrens durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH wird eine zusätzliche Kostenpauschale erhoben.

Entgelt für zusätzliche Messung / Ablesung	Netto [Euro/Vorgang]	Brutto [Euro/Vorgang]
Zusätzliche Messung	75,00	89,25

5. zusätzliche Abrechnung für Kunden ohne Leistungsmessung

Für eine zusätzliche Abrechnung durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH wird eine zusätzliche Kostenpauschale erhoben.

Entgelt für zusätzliche Abrechnung	Netto [Euro/Vorgang]	Brutto [Euro/Vorgang]
Zusätzliche Abrechnung für Zähler ohne registrierende Leistungsmessung	12,00	14,28

6. Messung für Kunden mit Leistungsmessung

Sofern eine Installation des notwendigen Geräteequipments nicht erfolgt und dies der Netzbetreiber nicht zu vertreten hat, wird für jede manuelle Handauslesung ein Entgelt fällig in Höhe von:

Entgelt für Handauslesung	Netto [Euro/Vor- gang]	Brutto [Euro/Vor- gang]
alle Zähler mit registrierender Leistungsmessung	238,54	283,86

Die manuelle Handauslesung wird auch dann in Rechnung gestellt, wenn aus Gründen, die der Netzbetreiber nicht zu vertreten hat, die Fernauslesung aus technischen Gründen nicht möglich ist.

Sollte durch einen Umstand, den der Kunde zu vertreten hat, ein höherer Aufwand (z.B. mehrfache Anfahrt aufgrund des fehlenden bzw. nicht funktionierenden Telekommunikationsanschlusses) entstehen, wird dieser wie folgt abgerechnet:

Entgelt für zusätzliche Ablesung	Netto [Euro/Vorgang]	Brutto [Euro/Vorgang]
alle Zähler mit registrierender Leistungsmessung	75,00	89,25

7. Bereitstellung der Messdaten für Kunden mit Leistungsmessung

Die Bereitstellung der Messdaten für Kunden mit Leistungsmessung erfolgt nach den jeweils gültigen Vorgaben der Kooperationsvereinbarung zwischen den Betreibern von in Deutschland gelegenen Gasversorgungsnetzen. Eine davon abweichende, seitens des Lieferanten bzw. Netznutzers gewünschte, Bereitstellung von Daten wird wie folgt abgerechnet:

Entgelt bei individueller Messdatenbereitstellung	Netto [Euro/h]	Brutto [Euro/h]
individuelle Messdatenbereitstellung (Stundensatz)	88,54	105,36

8. Sonstige Leistungen

Sonstige Leistungen werden je nach Anforderung und schriftlicher Beauftragung wie folgt abgerechnet:

Entgelt bei sonstigen Leistungen	Netto [Euro/h]	Brutto [Euro/h]
Entgelt bei sonstigen Leistungen (Stundensatz)	75,00	89,25

A. Netznutzungsentgelte für Kunden ohne Leistungsmessung

A.1. Netznutzung

Das Entgelt für die Netznutzung für Kunden ohne Leistungsmessung setzt sich aus einem Grundpreis sowie einem Arbeitsentgelt zusammen.

A.1.1. Arbeitspreis

Stufe	Jahresverbrauch		Arbeitspreis der nicht abge- tenen Arbeit	informativ: Endbetrag aus Vorstufen	informativ: In den Vorstufen bereits abgeoltene Arbeit
#	von ... [kWh]	bis ... [kWh]	Netto [ct/kWh]	Netto [Euro/a]	[kWh]
1	0	1.000	1,9500	0,00	0
2	1.001	4.000	1,8500	19,50	1.000
3	4.001	50.000	1,3400	75,00	4.000
4	50.001	300.000	1,2600	691,40	50.000
5	300.001	1.000.000	1,0900	3.841,40	300.000
6	1.000.001	1.500.000	1,0600	11.471,40	1.000.000
7	1.500.001	4.000.000	1,0600	16.771,40	1.500.000

Alle Preise/Entgelte zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Stufe	Jahresverbrauch		Arbeitspreis der nicht abge- tenen Arbeit	informativ: Endbetrag aus Vorstufen	informativ: In den Vorstufen bereits abgeoltene Arbeit
#	von ... [kWh]	bis ... [kWh]	Brutto [ct/kWh]	Brutto [Euro/a]	[kWh]
1	0	1.000	2,3205	0,00	0
2	1.001	4.000	2,2015	23,21	1.000
3	4.001	50.000	1,5946	89,25	4.000
4	50.001	300.000	1,4994	822,77	50.000
5	300.001	1.000.000	1,2971	4.571,27	300.000
6	1.000.001	1.500.000	1,2614	13.650,97	1.000.000
7	1.500.001	4.000.000	1,2614	19.957,97	1.500.000

A.1.2. Grundpreis

Jährlicher Grundpreis für Netznutzung	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
Grundpreis für Kunden ohne Leistungsmessung	12,00	14,28

A.1.3. Beispielrechnung Netznutzung für Kunden ohne Leistungsmessung

Berechnungsbeispiel: Jahresverbrauch 20.000 kWh, Gaszähler G6, Netto-Preise (zzgl. USt)

Entgelt für Netznutzung	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
Grundpreis für Kunden ohne Leistungsmessung	12,00	14,28
Arbeitsentgelt (Nebenrechnung nachfolgend)	289,40	344,39
Σ Entgelt für Netznutzung	Σ 301,40	Σ 358,67

Nebenrechnung Arbeitsentgelt, Netto-Preise (zzgl. USt)

Stufe	Jahresverbrauch [kWh]	Netto [ct/kWh]	Netto [Euro/a]
1	1.000	1,9500	19,50
2	3.000	1,8500	55,50
3	16.000	1,3400	214,40
	Σ 20.000	-	Σ 289,40

A.2. Messung und Messstellenbetrieb für Kunden ohne Leistungsmessung

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH weist separate Entgelte für die Messung / Ablesung und den Messstellenbetrieb aus. Diese Leistungen werden jedoch nur gemeinsam angeboten und werden daher im Rahmen der Abrechnung auch nur als eine einzelne Position ausgewiesen und abgerechnet. Nähere Informationen hierzu enthält der Abschnitt A.2.3.

A.2.1 informatorisch: Messung / Ablesung

Entgelt für Messung / Ablesung ¹ (Kunden ohne Leistungsmessung)	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
Messentgelt (alle Zähler ohne Leistungsmessung)	3,99	4,75

A.2.2. informatorisch: Messstellenbetrieb

Die Entgelte gelten für den Messstellenbetrieb durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH.

Entgelt für Messstellenbetrieb ² (Kunden ohne Leistungsmessung)	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
G4 - G6	17,34	20,63
G4 - G6 temperaturkompensiert	18,23	21,69
G16 - G25	37,40	44,51
G16 - G25 temperaturkompensiert	40,95	48,73
ab G40 ohne registrierende Leistungsmessung	244,52	290,98

¹ Für eine Messung / Ablesung außerhalb des rollierenden Verfahrens durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH wird eine zusätzliche Kostenpauschale erhoben. Siehe hierzu Preisblatt der sonstigen Entgelte Abschnitt 4.

² Die Entgelte für den Messstellenbetrieb gelten, soweit der Netzbetreiber der Messstellenbetreiber ist.

A.2.3. Gesamtentgelt für Messung und Messstellenbetrieb

Die nachfolgende Tabelle enthält das Entgelt für die Messung / Ablesung und den Messstellenbetrieb, dass von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH in Abhängigkeit des Zählertyps den Netznutzern in Rechnung gestellt wird.

Entgelt für Messung und Messstellenbetrieb ^{3,4} (Kunden ohne Leistungsmessung)	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
G4 - G6	21,33	25,38
G4 - G6 temperaturkompensiert	22,22	26,44
G16 - G25	41,39	49,25
G16 - G25 temperaturkompensiert	44,94	53,48
ab G40 ohne registrierende Leistungsmessung	248,51	295,73

³ Für eine Messung/Ablesung außerhalb des rollierenden Verfahrens durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH wird eine zusätzliche Kostenpauschale erhoben. Siehe hierzu Preisblatt der sonstigen Entgelte Position 4.

⁴ Die Entgelte für den Messstellenbetrieb gelten, soweit der Netzbetreiber der Messstellenbetreiber ist.

B. Netznutzungsentgelte für Kunden mit Leistungsmessung

B.1. Netznutzung

Die Abrechnung der Netznutzung erfolgt für Kunden mit registrierender Leistungsmessung grundsätzlich nach dem Jahresleistungspreissystem, d.h. dass ein Entgelt für die entnommene Arbeit und ein Entgelt für die maximal bezogene Leistung in Rechnung gestellt werden.

Darüber hinaus haben Kunden die Möglichkeit, unwiderruflich für ein Kalenderjahr ein Tagesleistungsentgelt zu vereinbaren. Die betroffene Abnahmestelle wird daraufhin für die Abrechnung umgestellt und für ein Jahr nach Inanspruchnahme der bezogenen Leistung und entnommenen Arbeit abgerechnet.

B.1.1. Entgelt für Arbeit

Stufe	entnommene Arbeit		Sockelbetrag Netto [Euro/a]	durch Sockelbetrag ab- gegoltene Arbeit [kWh]	Arbeitspreis der nicht abgegol- tenen Arbeit Netto [ct/kWh]
	von ... [kWh]	bis ... [kWh]			
1	0	1.500.000	0	0	0,2400
2	1.500.001	4.000.000	3.600,00	1.500.000	0,2200
3	4.000.001	8.000.000	9.100,00	4.000.000	0,1060
4	8.000.001	15.000.000	13.340,00	8.000.000	0,0970
5	15.000.001	30.000.000	20.130,00	15.000.000	0,0380
6	30.000.001	100.000.000	25.830,00	30.000.000	0,0200
7	100.000.001		39.830,00	100.000.000	0,0160

Alle Preise/Entgelte zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

gültig ab 01.01.2021

Stufe	entnommene Arbeit		Sockelbetrag	durch Sockelbetrag ab- gegoltene Arbeit	Arbeitspreis der nicht abgegol- tenen Arbeit
	#	von ... [kWh]			
1	0	1.500.000	0,00	0	0,2856
2	1.500.001	4.000.000	4.284,00	1.500.000	0,2618
3	4.000.001	8.000.000	10.829,00	4.000.000	0,1261
4	8.000.001	15.000.000	15.874,60	8.000.000	0,1154
5	15.000.001	30.000.000	23.954,70	15.000.000	0,0452
6	30.000.001	100.000.000	30.737,70	30.000.000	0,0238
7	100.000.001		47.397,70	100.000.000	0,0190

B.1.2. Entgelt für Leistung nach Jahresleistungspreissystem

Die Abrechnung der in einem Jahr maximal bezogenen Leistung erfolgt gemäß der nachfolgenden Preistabelle.

Stufe	maximal bezogene Leistung		Sockelbetrag	durch Sockelbetrag ab- gegoltene Leistung	Leistungspreis der nicht abgegol- tenen Leistung
	#	von ... [kW]			
1	0	500	0	0	17,1000
2	500	1.200	8.550,00	500	14,6000
3	1.200	3.000	18.770,00	1.200	11,4000
4	3.000	7.000	39.290,00	3.000	7,5300
5	7.000	25.000	69.410,00	7.000	5,9800
6	25.000	100.000	177.050,00	25.000	5,4500
7	100.000		585.800,00	100.000	5,1000

Alle Preise/Entgelte zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.

gültig ab 01.01.2021

Stufe	maximal bezogene Leistung		Sockelbetrag	durch Sockelbetrag abgegoltene Leistung	Leistungspreis der nicht abgegolte- nen Leistung
	#	von ... [kW]			
1	0	500	0	0	20,3490
2	500	1.200	10.174,50	500	17,3740
3	1.200	3.000	22.336,30	1.200	13,5660
4	3.000	7.000	46.755,10	3.000	8,9607
5	7.000	25.000	82.597,90	7.000	7,1162
6	25.000	100.000	210.689,50	25.000	6,4855
7	100.000		697.102,00	100.000	6,0690

B.2. Messung und Messstellenbetrieb für Kunden mit Leistungsmessung

Die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH weist separate Entgelte für die Messung / Ablesung und den Messstellenbetrieb aus. Diese Leistungen werden jedoch nur gemeinsam angeboten und werden daher im Rahmen der Abrechnung auch nur als eine einzelne Position ausgewiesen und abgerechnet. Nähere Informationen hierzu enthält der Abschnitt B.2.3.

B.2.1. informatorisch: Messung / Ablesung

Entgelt für Messung / Ablesung ^{5,6} (Kunden mit Leistungsmessung)	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
Messentgelt (alle Zähler mit reg. Leistungsmessung)	245,66	292,34

B.2.2. informatorisch: Messstellenbetrieb

Die Entgelte gelten für den Messstellenbetrieb durch die Netzgesellschaft Düsseldorf mbH.

Entgelt für Messstellenbetrieb ^{6,7}	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
alle Zähler mit registrierender Leistungsmessung	255,31	303,82

B.2.3. Gesamtentgelt für Messung und Messstellenbetrieb

Die nachfolgende Tabelle enthält das Entgelt für die Messung / Ablesung und den Messstellenbetrieb, dass von der Netzgesellschaft Düsseldorf mbH in Abhängigkeit des Zählertyps den Netznutzern in Rechnung gestellt wird.

Entgelt für Messung und Messstellenbetrieb ^{5,6,7} (Kunden mit Leistungsmessung)	Netto [Euro/a]	Brutto [Euro/a]
alle Zähler mit registrierender Leistungsmessung	500,97	596,15

⁵ Das Entgelt für eine Handauslesung für Kunden mit Leistungsmessung ist dem Preisblatt der sonstigen Entgelte Position 6. zu entnehmen.

⁶ Sollte durch einen Umstand, den der Kunde zu vertreten hat, ein höherer Aufwand (z.B. mehrfache Anfahrt aufgrund des fehlenden bzw. nicht funktionierenden TK-Anschlusses) entstehen, wird ein Entgelt fällig. Das Entgelt ist dem separaten Preisblatt der sonstigen Entgelte (Abschnitt 3.) zu entnehmen.

⁷ Die Entgelte für den Messstellenbetrieb gelten, soweit der Netzbetreiber der Messstellenbetreiber ist.

C. Weitere Entgeltbestandteile

C.1. Konzessionsabgabe

Konzessionsabgaben werden nach § 2 Konzessionsabgabenverordnung (KAV) in folgender Höhe erhoben:

Kundengruppe gemäß § 2 KAV	Netto [ct/kWh]	Brutto [ct/kWh]
Tarifkunden - Kochen und Warmwasser	0,93	1,11
Sonstige Tarifkunden	0,40	0,48
Sondervertragskunden	0,03	0,04